

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 10.000.— M. Einzelheftpreis: Die 6gepagell. Millimeterzeile für Arbeitszettel 200.000 M. Geschäfts- u. Privatanzügen 300.000 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3356 und 3357. Einfluß der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 38/39

Duisburg, Ende September 1923

24. Jahrgang

Die Papierfabriken im besetzten Gebiet haben mit größten Produktionschwierigkeiten zu kämpfen. Sie erklären sich außerstande, die Menge Papier zu liefern, die angefordert werden. Wir sind daher nur auf Teilbezüge angewiesen. Der Druck des Organs ist uns deshalb nur möglich durch Streckung des vorhandenen Papierquantums. Wir sind daher leider gezwungen, für einige Zeit unser Verbandsorgan zweifach erscheinen zu lassen. Wir sind gewiß, daß unsere Kollegen die Gründe zu würdigen wissen.

Die suchtbare politische und wirtschaftliche Not greift mit brutaler Faust in jedes Gefüge, ob es Familie, Verband oder Staat ist. Wir wissen, warum wir das alles tragen müssen. Jetzt gilt es, jeden persönlichen Egoismus zurückzuschieben und auf das Ganze Bedacht zu sein. Dann bricht das zusammen, dann können unrettbar alle Einzelgehänge nach.

Niemals ist dem denkenden Christlichen Gewerkschafter die ungeheure Wichtigkeit des Verbandes mehr aufgegangen als heute, denn er weiß, daß mit seinem Ruin auch alle Arbeiterrechte endgültig zu Grabe getragen werden.

Jeder muß jetzt in die Speichen lassen, keiner darf abseits stehen. Pünktliche Beitragszahlung, schnellste Ablieferung des Geldes, feste Angliederung der Beitragshöhe an den effektiven Stundenlohn ist die dringende Forderung der Stunde.

Wohin steuern wir?

Die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik sind seit der Ruhraktion (die letztere schon seit dem letzten Menschenalter) vollständig aus den Fugen geraten. Der deutsche Staatshaushalt rechnet mit Trillionen, der Dollar steht über 200, die Produktion ist um die Hauptgebiete abgefallen. Die Ausfuhr an Artikeln, mit deren Wert wir früher die Volkswirtschaft bilanzieren, ist riesig zurückgegangen. In Wertverhältnissen und Eisenwaren wurden im Juli 1923 697.000 Doppelzentner ausgeführt gegen 1,9 Millionen Doppelzentner im Monatsdurchschnitt des Jahres. Wir sind auf Einfuhr angewiesen, aber auch diese kann nicht in dem Maße vor sich gehen, da die Gegenwerte nicht im notwendigen Umfang vorhanden sind.

Unterdessen tanzt auf dem Preismarkt alles wild durcheinander und man kann sagen, daß durchweg die Preise, in Gold gerechnet, 100 Prozent über dem Friedensstand stehen. Handel und Gewerbe nennen das den „Entwertungsansturm“. Jeder sucht, möglichst viel für seine eigene Tasche herauszumirtschaften, ohne sich dabei um die Not der Lebensmenschen zu kümmern. Die „Kölnerische Volkszeitung“, die doch sicher guten Einblick in Handels- und Industrieverhältnisse hat, brachte in ihrer Nr. 662 vom 12. September einen Warnruf, daß es so nicht weiter gehen könne.

Die Karikatur und die Trunks vertikal und horizontaler Gliebung erlangen allmählich in der deutschen Wirtschaft eine Monopolstellung, die sie, das muß offen ausgesprochen werden, in einer das Staats- und Volksganze immer rücksichtsloser anherzählenden Form gebrauchen. Die von diesen Verbänden in der letzten Zeit inaugurierte Preisentwertung entbehrt im weitesten Umfang der inneren Berechtigung und ist mit guten kaufmännischen Sitten nicht vereinbar. Die immer häufigere Erscheinung, daß Industrien die Weltmarktpreise erheblich überschreiten (die augenblickliche Veränderung dieses Zustandes infolge des plötzlichen Marksturzes ist kein Beweis für das Gegenteil), findet in der Zusammenfassung und Höhe der Gestehungskosten (Löhne, Rohmaterialien, Transportkosten!) keine stichhaltige Begründung. Im allgemeinen geht auch bei vornehmlich aus ausländischen Rohstoffen hergestellten Waren der Anteil dieser nicht über 20 Prozent hinaus.

Löhne und Gehälter folgen zwar jetzt schneller der Geldentwertung, bleiben aber in solch kümmerlichen Tagen wie den gegenwärtigen zeitweise um die Hälfte zurück, während man sich auf der anderen Seite durch sogenannte Entwertungszulagen vor allen Verlusten nach Möglichkeit zu schützen weiß. Bei allem Lamento über die zu hohen Löhne sollte man doch auch nicht vergessen, daß selbst die bestbezahlten Facharbeiter um die Hälfte bis zwei Drittel weniger an Einkommen haben als dieselben Arbeiter z. B. in England.

In der Verteuerung der Produktionsfaktoren liegen also die Voraussetzungen für die gewaltigen Preissteigerungen nicht, wenigstens nicht ausschließlich. Sie müssen sich allerdings in der Preisgestaltung irgendwie bemerkbar machen. Aber wenn man sie auch hoch ansetzt, und wenn man die gering nicht gering anzuschlagenden Steuerlasten und Ausgaben für soziale Zwecke berücksichtigt — das muß man geradezu bemerken — dann sind trotzdem Preissteigerungen z. B. bei der Kohle um das 12- bis 20millionenfache ohne die im Durchschnitt 83 Prozent betragende Erhöhung von 10. d. Mts. ab aber beim Eisen genau um das Doppelte des Friedenspreises als maßlos und übertrieben anzusehen.

Die Preispolitik der beiden Schlüsselindustrien wirkt sich in weitestem Umfang auf das übrige Wirtschaftsleben aus und die rücksichtslose Art ihrer Preispolitik wirkt anstößend auf alle anderen Produzenten und Händler, die natürlich nicht zurückbleiben wollen.

Trotzdem schreit die Geschäfts- und Industriewelt in der ganzen Tonleiter, daß die „hohen Löhne“ den Ruin der Industrie bedeuten, in welchen Chorus auch vor ein paar Tagen die Sommeragung des Verbandes der „Westdeutschen Industrie“ einstimmte.

Der „wertbeständige“ Lohn hat sich, wie wir bereits in Nr. 32/33 darlegten, nicht als der „Schein der Weiten“ erwiesen, da — trotz Inzuber — die Entwertung zwischen Lohnfestsetzungstag und Auszahlung infolge der riesigen Marktschwankungen und der damit verbundenen Teuerung zu groß ist. Man wird, nachdem die ganze Wirtschaft sich auf die Goldbasis eingestellt hat, schließlich an die Revision des Lohnproblems gehen müssen. Die Arbeiterschaft wird damit nicht überall einverstanden sein und mit den bekannten Gründen kommen. Das muß uns aber gerade ein Ansporn sein, möglichst bald die Lohnfrage in einer für die Arbeiterschaft wirklich wertbeständigen Weise zu lösen. Das dazu nur eine starke Gewerkschaftsbewegung in der Lage ist, bedarf keines weiteren Wortes.

Aufhebung der Außenhandelskontrolle

F. B. Der Reichstanzler hat vor dem Industrie- und Handelstag eine Rede über die wirtschaftliche Lage und die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung gehalten. In dieser programmatischen Rede betont er u. a., daß die Ausfuhrabgaben ihren Sinn und ihre Begründung verloren hätten. Zur Motivierung dieser seiner Auffassung führt Dr. Siezemann an, daß in der jetzigen Zeit die Unternehmungen trotz sind, wenn sie nur auf Weltmarktparität liegen und diese nicht überschritten haben, was leider heute schon bei vielen deutschen Unternehmungen der Fall sei. Der Reichstanzler kann diese Ausführungen, die, in die Tat umgesetzt, die praktische Aufhebung der Außenhandelskontrolle bedeuten, nur im engsten Rahmen mit dem Reichswirtschaftsminister gemacht haben. Dieser ist allerdings auch, wie wir zu wissen glauben, bereit, die Außenhandelskontrolle aufzuheben. Von den Vertretern des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist immer wieder betont worden, daß die Außenhandelskontrolle nicht um ihrer selbst willen da ist, sondern daß sie eine hochwichtige wirtschaftliche Funktion ausübt, besonders in einer Zeit des Währungssturzes, der ungeheuren Inflation, die die Industrie und vornehmlich den Handel verlockt, hochwertige deutsche Waren zu Scheuderpreisen für Papiermark dem Ausland anzubieten. Es wird kein Unbefangener leugnen können, daß das jetzige Außenhandelskontrollsystem in der verflochtenen Zeit, und insbesondere durch die Durchsetzung des Fakturierungsmangels in hochwertigen Währungen und der Mindestpreisvorschriften, die deutsche Volkswirtschaft vor sonst unvermeidbaren Substanzverlusten bewahrt hat. In eine Aufhebung dieses Kontrollsystems kann doch nur gedacht werden, wenn wir mit Bestimmtheit zu stabilen Währungsverhältnissen kommen. Dafür kann aber heute noch kein Mensch in Deutschland die Garantie übernehmen. Es muß auf alle Fälle verhindert werden, daß durch die Aufhebung der Außenhandelskontrollapparates erneut eine Verschleuderung deutscher Erzeugnisse an das Ausland erfolgt, während im Inland für dieselben Produkte zur Schadenshaltung schließlich höhere Preise gefordert werden. Vor der Einführung des „echten Dumping“ müssen wir uns hüten, sonst rufen wir sofort Gegenmaßnahmen im Auslande hervor, die uns schon bei früheren Gelegenheiten starke Schädigungen unseres Exportes eingebracht haben. Auch die Kontrolle und Erfassung der anfallenden Devisen wird durch eine Beilegung der Außenhandelskontrolle in stärkster Mitleidenschaft gezogen, zum mindesten sehr erschwert.

Sollte die jetzige Regierung trotz aller schwersten Bedenken die Verantwortung auf sich nehmen und an den grundsätzlichen Abbau der Außenhandelskontrolle herangehen, bzw. weitere Freistellen in großem Umfang aufstellen, dann müßten wir zum mindesten verlangen, daß die einzelnen Wirtschaftszweige unter möglicher Zusammenfassung Selbstverwaltungskörper unter paritätischer Zusammenführung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden. Diese Selbstverwaltungskörper der deutschen Wirtschaft müßten zusammengefaßt werden aus den Persönlichkeiten im Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager, die schon lange Jahre bei der Regulierung des deutschen Wirtschaftslebens zusammengewirkt haben und aufeinander eingespürt sind. Der Kreis der Personen und die Zahl solcher Kreisabschlüsse braucht nicht groß zu sein.

Richtunggebend für die Durchsetzung dieser Forderung ist das durch die Reichsverfassung verbürgte Recht der Arbeitnehmer „an der gesamten Entwicklung der Produktionskräfte mitzuwirken“. Die gemeinschaftliche Vertretung ihrer Vertreter mit dem Unternehmen in diesen sachlichen Selbstverwaltungskörpern ist die Vorbedingung der erfolgreichen Beteiligung im wirtschaftlichen und politischen Leben. Die zu errichtenden Selbstverwaltungskörper und ihre Wirksamkeit müßten durch gesetzliche Bestimmungen begründet sein.

Nun hat sich auch der Reichswirtschaftsrat mit der Frage der Außenhandelskontrolle befaßt und hat in seiner Sitzung vom 13. September ein Gutachten des Unterausschusses für Ausfuhrabgaben mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen. Der Unterausschuß schlägt vor: 1. die Ausfuhrabgaben sind allgemein zu beilegen; 2. die Preisprüfung und damit jegliche Ausfuhrkontrolle ist a) für Fertigfabrikate schnellstens zu beilegen, b) für Rohstoffe und Halbfabrikate soll die Ausfuhrkontrolle beibehalten werden, soweit dies im Interesse der weiterverarbeitenden Industrie erforderlich ist; 3. Soweit durch den Abbau der Außenhandelskontrolle Außenhandelsstellen ihre Tätigkeit einstellen, ist die verbleibende Kontrolle, und zwar sowohl hinsichtlich der Einfuhr wie der Ausfuhr, vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen unter Mitwirkung der zuständigen Arbeitsausschüsse zu übernehmen; 4. Die Erhebung des Preisbeitrages soll durchweg den Außenhandelsstellen abgenommen und auf den Weg des Markenleistungsprinzips verwiesen werden; 5. Der Ausschuß ist ersucht, die Ansicht, daß die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern mit Handel und Konsumenten, wie sie in den Außenhandelsausschüssen auf wirtschaftlichem Gebiete durchgeführt wurde, auch in Zukunft im Interesse der deutschen Wirtschaft in anderer Form erhalten bleiben soll. Es sind in Angliederung an den Reichswirtschaftsrat für die einzelnen Wirtschaftszweige Fachabschlüsse zu bilden, die gegenüber den Behörden als die Sachvertreter der zuständigen Wirtschaftszweige gelten und zur Mitwirkung bei besonderen Fragen der Wirtschaft auf diesen Fachgebieten herangezogen werden. Die bestehenden Arbeitsausschüsse der in Vorfall kommenden Außenhandelsstellen sollen nicht zu einem früheren Zeitpunkt aufgelöst werden, bis die vorgenannte Neuordnung erfolgt ist.

Zum Kapitel Notgeld

Es war erstaunlich und beinahe bewundernswert, mit welchem Eifer sich in allen Städten Werke, Treuhändergesellschaften, Banken u. s. w. bemühten, der Reichsbank unter die Arme zu greifen, als sie die Menge Papiergeld nicht sofort schaffen konnte, indem sie eigenes Notgeld herausgaben. Also eine patriotische Tat? Aber der übergroße Eifer nach dieser Seite hin mußte verdrängt erscheinen, zumal diese — nach der Köln. Zig. — mit Deutschen gefälligen Kreise für die wertbeständige Reichsanleihe bis jetzt ganze 60 Millionen Geldmark aufbrachten, wo sich die Regierung auf 500 Millionen Goldmarkempfang „vorbereitet“ hatte. Ja, Schuster, das sind eben zwei verschiedene Dinger. Bei der Reichsanleihe konnte man nicht allzuviel profitieren, desto mehr aber bei der Ausgabe von

Notgeld. Wir wollen hier die Zahlen eines bedeutenden industriellen Bezirkes des Ruhrgebietes bringen, um zu zeigen, was bei der Ausgabe von Notgeld verdient wird. Bei den Banken trifft natürlich das Gleiche zu.

1. 7. Ausgabe des Notgeldes. 1. 10. Einzug des Notgeldes. Laufzeit drei Monate.

1. 7. Ausgabe 1/2 Billion. Dollarkant 1 Million. Ausgabe gleich 500.000 Dollar.

Hinterlegte Sicherheit: Angenommen als Gegenwert 50.000 Kilogramm Metall.

1. 10. Einzug 1/2 Billion Reichsdoll. Dollarkant 120 Millionen. Einzug gleich 4166 Dollar.

Für die hinterlegte Sicherheit zur Deckung der 1/2 Billion sind 416 Kilogramm vom gleichen Metall nötig.

Auch ein Beitrag zum Kapitel „Stützungsaktion der Mark“. Lieb Vaterland magst ruhig sein.

Das sollte sich die Arbeiterschaft merken!

Unter der Überschrift „An die, die es angeht!“ veröffentlicht der sozialistische Bürgermeister Schumacher in Neumünster in Holstein, der 30 Jahre an der Spitze der dortigen Arbeiterbewegung gestanden hat, im General-Anzeiger von Neumünster in bezug auf die dortigen Unruhen folgenden Aufruf, dem wir kein Wort hinzuzufügen brauchen:

„Arbeiter! Ich schäme mich für euch. Am Freitag konnte es geschehen, daß eine Anzahl Fabrikanten ihrer persönlichen Freiheit beraubt, mißhandelt und vor das Forum einer Meuterei-Jury gestellt und Arbeiter geschleppt wurden, ohne daß sich eine Stimme gegen eine so grenzenlose Verletzung der persönlichen Freiheit erhoben hätte. Es konnte geschehen, daß ich an der Befreiung der Gefangenen verhindert wurde, weil ich kein Blutvergießen wollte. Ihr habt eine Lohnverhandlung erzwungen, die als eine Erpressung aufgefaßt werden ist. Arbeiter haben verhindert wollen, daß die, die sich schwer gegen ihren Nächsten vergangen haben, verhaftet wurden. Arbeiter sind auf die Straße gezogen, um für die Freilassung von Kommissaren zu demonstrieren.“

„Arbeiter! Nein, ihr seid es nicht, es ist nur euer Nachwuchs — eure Halbstarren. Aber ihr steht dabei mit Händen in den Taschen, anstatt mit euren Fäusten diese ungebürdige Jugend zur Reize zu bringen. Ihr Alten, ihr Seid es, die sich von den jungen Pöhlern bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit aus den Betrieben heken lassen. Ihr verliert Millionen an Lohn. Ihr laßt lieber eure Familien darben, ehe ihr den Mut aufbringt, mit diesen Leuten Fraktur zu machen. Ihr laßt euch so oft auf die Straße ziehen, daß es bei vielen den Einbruch erweckt, es gehe euch zu gut, es müßten jede Woche einige Tage oder Stunden in den Wind gefalagen werden. Ihr laßt es zu, daß Arbeiterverammlungen mit Kadav ausgefüllt und eure besonnenen Führer heruntergeritten werden. Dreißig Jahre stehe ich mit euch in vorerbitterter Reihe. Not, Entbehrung, Mahrregelung habe ich mit euch ertragen, und heute gewinnt ihr mich, mit Polizeigewalt die Freiheit der Person und der Meinung, die wir erlitten haben, in jahrzehntelangen Ringen erkämpfen und in der Beschaffung verankerten, gegen euch — oder Teile von euch zu verteidigen!“

Deshalb schäme ich mich für euch! Weist ihr zu laut einsehen werdet, daß ihr euer eigenes Grab schanfelt, deshalb tut ihr mir leid.“

Umstellung der Erwerbslosenfürsorge

Die Zahl der Erwerbslosen ist von 155.000 am 1. Juli auf 300.000 am 1. September gestiegen.

und es steht noch eine ganz gewaltige Steigerung in Aussicht. In Sachfen soll stellenweise die Hälfte aller Betriebe stillgelegt werden. Auch die Höhe der Unterhaltungen ist entsprechend der Geldentwertung ständig gewachsen. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Erwerbslosenfürsorge beliefen sich in voriger Woche auf täglich 2 Billionen; in dieser Woche sind sie bereits auf 6 Billionen täglich gestiegen. Wie lange Zahlungen in dieser Weise möglich sein werden, ist im höchsten Maße zweifelhaft.

Die Ausschüsse des Reichsrates haben sich vor kurzem mit dieser Frage befaßt und sich auf folgende Entschlüsse geeinigt: die Reichsregierung zu ersuchen 1. im Reichstag auf schnelle Verabschiedung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung hinzuwirken; 2. eine produktive Arbeitslosenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fördern und dabei der Förderung des Wohnungsbaues besondere Aufmerksamkeit zu schenken; 3. ausreichende Mittel zur Durchführung der produktiven Arbeitslosenfürsorge zu stellen; 4. durch jede geeignete Maßregel der Stilllegung von Betrieben entgegenzuwirken. — Die Volkversammlung schloß sich diesen Resolutionen an.

Die produktive Arbeitslosenfürsorge ist ein dringendes Gebot der Stunde. Aber genau so sehr ist darauf Wert zu legen, daß sie auch wirklich produktiv gestaltet wird. Was man bis heute in weitaus großen Teilen laß und erlebte, hatte leider mit Produktivität so wenig zu tun, wie die Faulenzerei mit der Arbeit. Das muß im Interesse der in der Produktion tätigen Arbeiter unbedingt gesagt werden; denn schon sind weite andere Kreise daran, Verallgemeinerungen zu machen. Notwendig ist die Einführung eines gelunden Arbeitssystems und Auszahlung des Lohnes nur bei wirklich geleisteter Arbeit. Sonst wird die produktive Arbeitslosenfürsorge doch nur ein Schlupfwinkel für Gestalten, deren Motto das Wort ist: Wer die Arbeit kennt usw. Für solche ist die Arbeitslosenfürsorge wirklich nicht da.

Soll das Jugenderziehung sein.

Die rote Metallarbeiterzeitung war vor kurzem gefüllt mit Anträgen zur 16. Generalversammlung in Rassel. Einen breiten Raum nehmen darin (Nr. 29) Anträge ein, die sich mit Jugend- und Lehrlingsfragen beschäftigen. Anträge so phantastischen Inhalts gelangen da zur Durcharbeitung und Beschlußfassung an den Verbandstag, daß ein gesunddenkender Mensch sich veranlaßt fühlt, die Frage aufzuwerfen: Was wird unter solchen Verhältnissen aus unserer Jugend? Gott sei Dank schüttelt ein Teil der Jugend, auch die des D. M. B., selbst den Kopf über solche wahnwitzige Anträge. Es sind tatsächlich wahnwitzige Anträge, die sich die Vera

waltungsstelle Essen zu stellen erlaubt. Ob sie glaubt, infolge der sich dort stark bemerkbar machenden Fluktuation durch solche „Forderung“, die an das Lächerliche grenzt, die Jugend noch halten zu können, ziehen wir in Zweifel.

Sehen wir von Anträgen nicht wesentlichen Inhalts ab, erweist uns unsere ungeheilte Aufmerksamkeit.

„Am besonderen ist es Aufgabe der Gewerkschaften, sich für die Tagesforderungen der arbeitenden Jugend einzusetzen.“ Nun hören wir zwei von diesen Tagesforderungen.

„Aufrechterhaltung des Achtstundentages und Festlegung eines höchsten Arbeitstages von 8 Stunden (im Bergbau 6 Stunden) für alle Jugendlichen bis zur Vollendung ihres achtzehnten Lebensjahres (Wehrlinge) bei Einrechnung der Pflanzzeit und aller Vorbereitungs- und Ausräumungsarbeiten. Die Schulzeit muß innerhalb der Arbeitszeit liegen.“

„Für alle Jugendlichen (Wehrlinge) ist ein vierwöchentliches Praktikum unter Weiterzahlung des Lohnes usw. und der Ermöglichung des kostenfreien Aufenthaltes der Jugendlichen in Ferienheimen, Sanatorien usw. im Gesetz festzulegen.“

Ob unsere Wirtschaft in der Lage ist, eine solche erneute Belastung zu tragen, wollen wir hier nicht näher untersuchen; darüber ein Urteil zu fällen, überlassen wir schon einem jeden klarschauenden Menschen mit nur einigen volkswirtschaftlichen Kenntnissen. Wenn uns zu denken gibt, ist folgendes: Was wird aus unserer Wirtschaft, was aus unserm Volke, tritt ein Mangel an tüchtigen Qualitätsarbeitern ein. Deutschland ist ein Land, das Qualitätsware als Marktware herstellt und zum größten Teil in Ausfuhrland. Qualitätsarbeit bedingt Qualitätsarbeiter. Mangel an Letzteren gibt beschränkte Absatzmöglichkeiten für unsere Waren und Erzeugnisse. Hieron ist die Folge Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend im Land.

Der Qualitätsarbeiter muß eine sachgemäße Ausbildung hinter sich haben. Den Grundstock zu seinem Wissen und Können erhält er in der Lehrzeit. Bei Jungabfertigung eines Höchstleistungsstandes von nur 6 Stunden (1800 Stunden im Jahr), wöchentliches Fortbildungsaufsehung von 5 Stunden (200 Stunden im Jahr), pro Woche 1 Stunde Ausräumungsarbeit (52 Stunden im Jahr) und ein wöchentliches Urlaub im Jahr (144 Stunden im Jahr) ergibt eine tägliche Arbeitszeit von nur knapp 4 1/2 Stunden, die der praktischen Berufsausbildung gewidmet sind.

Der D. M. B. Essen kann sich sicher hinnehmen, durch die Aufstellung solcher Forderungen nicht im Sinne der vernünftig denkenden Jugend und im Interesse der gesamten arbeitenden Jugend gehandelt zu haben. Aus ihr soll eine tüchtige Facharbeiter-Schicht werden und nicht Stümper und Halbweiser, und dazu gehört bekanntlich eine Lehrzeit von mehr als 4 1/2 Stunden pro Tag. Womit beschäftigt sich unsere Jugend außerdem mit der vielen, ihr dann zur Verfügung stehenden freien Zeit? Auch eine Frage von volkswirtschaftlicher und ethischer Bedeutung.

Für unsere Betriebsräte

Leipzig. Hier fand vor kurzem eine gut besuchte Konferenz unserer Betriebsräte des Sächsischen und des Magdeburger Verwaltungsbezirks statt, die auch von sonstigen Betriebsrätern besucht war. Nach Eröffnung erkrankten die Bezirksleiter Kollege Gierk (Chemnitz) und Kollege Krull (Magdeburg) einen kurzen Bericht über das Betriebsrätewesen in den benannten Bezirken; besonders über die allgemeinen Ergebnisse der Betriebsrätearbeiten. Letztere bestanden sich von Jahr zu Jahr und haben stellenweise unerwartet gute Erfolge gezeitigt.

Ueber die besonderen Aufgaben unserer Betriebsräte sprach sodann Verbandssekretär Kollege Mauer von der Verbandsleitung in Duisburg. Einleitend führte Redner aus: Die Aufgaben unserer Betriebsräte in Minderheitsbezirken sind besonders schwierig; aber auch von besonders großer Bedeutung für die Erfüllung des Betriebsrätegesetzes und für unsere Betriebsräte. Denn hier gleichen unsere Betriebsräte alleinlebenden Vorpöfeln, ohne Stütze mit andern Posten und ohne Verbindung mit den weitesten Arbeitermassen, die z. T. noch fernab von uns liegen. Die Weiterbildung sowie der Austausch von Gedanken und Erfahrungen unserer Räte ist hier nicht leicht möglich. Unsere Räte sind daher auf eine große Selbstständigkeit angewiesen. Hinzu kommt, daß fast überall in Bezirken und Betrieben, wo unsere Bewegung schwach oder nicht vertreten ist, der kapitalistische Geist und die logische Rückständigkeit am größten sind. Das Verlangen des Marxismus und der Mißbrauch der von seinen Anhänger mit dem Geleß getrieben wird, rächt sich bitter. Unsere Vorpöfeln sind hier oft allein der ruhende Pol in dieser Erscheinung; auf ihnen ruht deshalb eine besonders große Verantwortung, denn nur mit untern Geiste durchdrängt wird das Betriebsrätegesetz das werden, was die Arbeiterschaft und Wirtschaft benötigt. Die Bewältigung der Aufgaben setzt voraus eine gute Grundbeurteilung, gute Betriebsrätearbeiten sowie eine klare Geschäftsordnung. Redner erläuterte dieses näher und besprach alsdann die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben des R. M. B. in allen Einzelheiten. Auch sonstige Fragen der Betriebsrätepraxis wurden treffend besprochen und fanden die Ausführungen allseitigen Beifall.

Die alsdann folgende reichliche Aussprache bewerte sich auf fast allen Gebieten der Betriebsrätepraxis. Sie zeigte vor allem, wie vernachlässigt das Rätewesen gerade in kleineren Betrieben ist, wo solche „Freiheitsräte“ oft nur im wahren Sinne der Redensart eine Beschränkung der Freiheit darstellen. Recht ergebend wurde auch die Weiter-

bildung unserer Betriebsräte besprochen und gute Anregungen dazu gegeben. Einen weiteren Raum nahmen die Betriebsrätearbeiten in der Aussprache ein. So erhielten unsere Räte in einem Ort bei 214 Mitgliedern 285 Stimmen und in einem anderen Betrieb bei 25 Mitgliedern 100 Stimmen. In einem weiteren Betrieb war ein Komitee der vollständig organisierten Belegschaft bei uns organisiert, wir erhielten aber die Hälfte aller abgegebenen Stimmen, und in wieder einem anderen Betrieb trat der ganze Betrieb sozialistisch organisierte Betriebsrat von 7 Kollegen zu unserm Verband als Mitglieder über. Die Erfahrungen im gegnerischen Lager, die maßlosen Versprechungen von radikalen Führern, die selbst die besten Betriebsräte nicht erfüllen können, und der Mißbrauch, der hier mit dem Geleß oft hellekt wird, und wodurch die praktische Arbeit leidet, haben die Sieghaftigkeit unserer Vorkämpfer gestärkt. Wir sehen deshalb auch in unserm Minderheitsbezirk der weiteren Entwicklung unseres Verbandes und seiner Bestrebungen mit Begeisterung entgegen.

In seinem Schlusswort ging Kollege Mauer auf die Einzelheiten näher ein und stellte mit Begeisterung die Einmütigkeit, die erzielten Erfolge und die Begeisterung der Aussprache fest. Nach fünfjähriger Dauer schloß darauf Kollege Gierk die Betriebsrätekonferenz, die einen nach jeder Richtung hin erfolgreichen und begeisterten Verlauf nahm.

Striklose Entlassung eines Betriebsratsvorsitzenden wegen Arbeitsverweigerung am 1. Mai.

Ist vom Landgericht Landsberg a. W. durch Urteil vom 24. März 1923 als zu Recht erfolgt anerkannt worden. Die Begründung führt aus, daß grundsätzlich politische oder gewerkschaftliche Betätigung (nach § 18, Abs. 2 vorläufige Landarbeitsordnung) kein Entlassungsgrund ist. Im vorliegenden Fall stehe fest, daß nach vorausgegangen Verhandlungen über Arbeiten oder Nichtarbeiten am 1. Mai außer 3 ausdrücklich beurlaubten nur der Beklagte nicht zur Arbeit erschienen sei. Er hätte sich als Vorsitzender des Betriebsrates dem Willen der Arbeiterschaft fügen müssen. Der einzelne Arbeitnehmer, der die Vorteile, die durch das heutige Arbeitsrecht der Organisation der Arbeiterschaft zufließen, genießen wolle, müsse sich auch dem andersartigen Willen der Mehrheit fügen, um so mehr noch, wenn er Vorsitzender des Betriebsrates und als solcher kraft seines Amtes berufen sei, bei Gegenständen im Interesse des Wirtschaftslebens und der Produktionssteigerung zu wirken. Die eigenen politischen Wünsche müßten hinter den wirtschaftlichen Pflichten, wie sie die Mehrheit der Arbeitnehmer anerkannt, zurücktreten.

Verbandsleben

Menden. Am 20. Juni 1923 wurde in Menden der christlich-sozialistische Metallarbeiterverband von einigen wenigen Mitgliedern gegründet. Mehrere dieser Gründer leben noch und diese leben heute, nach 20 Jahren, noch in den vordersten Reihen unseres Verbandes. Diesen für ihre wärdere Tat und für ihr mehrschaffendes und entschlossenes Eintreten zu danken, galt die A. abgegebene, die vor einiger Zeit stattfand. Andererseits hat es darauf an, erneut Zeugnis vor aller Öffentlichkeit über den Willen und die Stärke unseres Verbandes abzulegen.

Die Kundgebung begann mit der Einweihung unseres Gewerkschaftshauses. Der Vorstand, die Gründer und auswärtige Gäste hatten sich hierzu eingefunden. Gewerkschaftssekretär Steinacker eröffnete die Feier mit der Begrüßung der Gründer und der Gäste und warf dann einen Rückblick auf die verflochtenen 20 Jahre Verbandarbeit. Es wurde dann ein Rundgang durchs Haus vorgenommen. Im Untergeschloß sind die Bücherei, die Warenverpackung und die Büros der Deutschen Volkserziehung untergebracht. Der Saal ist noch nicht fertig. Im ersten Stock befinden sich die Büroräume unseres Verbandes, ein Sitzungszimmer und eine Privatwohnung. Im oberen Stock sind zwei Wohnungen eingerichtet.

Nachmittags Punkt 3 Uhr traten die Mitglieder zum Festzuge an, der sich machtvoll durch die Straßen der Stadt bewegte. Drei Musikkapellen, drei Trompeterkorps und zwei Gesangsvereine hatten sich zum Teil unentgeltlich in den Dienst der guten Sache gestellt. Die Festversammlung fand in den Sälen der Wilhelmshöhe statt, die beide überfüllt waren.

Gewerkschaftssekretär Steinacker konnte dort begrüßen: Landrat des Kreises Jericho, Bürgermeister der Stadt Menden und viele Freunde u. a. Rektor Wiemhöfer und auch Kollegen aus den Ortsverwaltungen Jericho, Reckheim, Olseberg, Hagen, Werbach, Siegen, Grevenbrunn, Mettenberg und Dine. Auch einige Jugendabteilungen waren erschienen. Leider hatte Kollege Verbandsvorsitzender Wieber nicht erscheinen können aus Gründen, die Kollege Steinacker den Kollegen bekannt gab und außerpolitischer Natur seien. Die Entschuldigung der Kollegen war allgemein. (Ein herzliches Telegramm traf noch in der Versammlung von Kollegen Wieber ein.) Bei der Eröffnung der Gründer hob Kollege Steinacker die Bedeutung unseres Verbandes und die Verdienste der Gründer in Menden und besonders die Verdienste des Kollegen Wieber, der den Verband gegründet hat, hervor. Dem Kollegen Wieber und auch den Gründern aus Menden könne man es verdanken, daß wir heute einen so starken christlich-sozialistischen Metallarbeiter-Verband und eine so starke Ortsverwaltung hätten. Kollege Steinacker appellierte an alle Mitglieder, ebenso treu zum Verband zu stehen wie die 14 Gründer. Wir wollen uns alle ein Beispiel nehmen an den Gründern und immerfort bestrebt sein, unsern Verband nach innen und außen zu stärken.

Groß und mächtig soll unser Verband werden. Keinen christlichen Metallarbeiter-Verband organisiert ist. Das soll und muß am heutigen Tage unser Traum sein. Dieser Traum wurde bekräftigt durch ein Hoch auf die Gründer und auf unseren Verband mit dem Kollegen Wieber an der Spitze. Jedem der Gründer wurde ein geschmackvoll gehaltenes Diplom geschenkt. Die Festrede hielt Kollege Robert Haas, Siegen, in Vertretung des Zentralvorsitzenden. Er verstand es, in kurzen martialischen Zügen die Bedeutung des Tages und die Bedeutung des Verbandes darzulegen, und unter mächtigem Beifall die derzeitige Lage zu beschreiben. Diese Ausführungen wurden begleitet mit brausendem Bravo.

Mit einem Hoch auf unser liebes deutsches Vaterland und mit dem Deutschlandlied wurde die eindrucksvolle Rede abgeschlossen.

Kollege Kasmeyer dankte im Namen der auswärtigen Ortsverwaltungen für die Einladungen und Begrüßung. Er wünschte der Ortsverwaltung für die Zukunft alles Gute.

Der Herr Landrat und der Herr Bürgermeister wünschten in herzlichen Ansprachen der Ortsverwaltung gutes Gedeihen.

Als alter lieber Freund unserer Bewegung sprach Herr Rektor Wiemhöfer, der vor allem bedauerte, daß sein Freund Franz Wieber nicht erschienen sei. Für ihn hätte er die größte Hochachtung und er wünschte, daß er recht bald nach Menden kommen würde. Er führte weiter aus: Nur das Christentum, welches im ärmsten Menschen seinen Bruder sieht, ist in der Lage, der Arbeiterschaft die Gleichberechtigung zu geben. Auch der Arme hätte Anrecht ans Leben, welches nicht der Sozialismus und Materialismus geben kann, sondern nur das Christentum und auf Grund dessen die christlichen Gewerkschaften.

Kollege Steinacker sprach nochmals allen, besonders aber dem Herrn Rektor Wiemhöfer, den Dank der Ortsverwaltung aus. Eine Gewerkschaftsverlosung zu Gunsten des Gewerkschaftshauses schloß sich an die schön verlaufene Feier an.

Machtvoll war die Kundgebung, machtvoll soll deshalb auch unser Wille sein, unserm Verband, dem Vaterland und der Arbeiterschaft zu dienen.

Das walte Gott!

Branchenbewegung

Siegen. Die vor kurzem vom christl. Metallarbeiterverband einberufene Versammlung der Knappschafftsmitglieder in der Metallindustrie war von 21 Mitgliedswerken besucht. Der gute Besuch bewies das große Interesse, das den zu behandelnden Fragen entgegengebracht wird.

Den einleitenden Bericht gab Kollege Haas, der zunächst die Stellung der Metallarbeiter in der Knappschafftsfrage schilberte und dann kurz auf die Neuerungen des Reichsknappschafftsgesetzes und die Übergangsbestimmungen einging. Aus diesen Übergangsbestimmungen geht hervor, daß zum Verbleiben der nichtübergangenen Betriebe im Knappschafftsverein eine vom Arbeitgeber und der Mehrheit der Belegschaft abgegebene Willenserklärung erforderlich ist. Diese Erklärung muß bereits bis zum 15. August bei dem Herrn Reichskommissar für die Durchführung des Reichsknappschafftsgesetzes eingegangen sein. Redner forderte die anwesenden Delegierten und Betriebsräte auf, unverzüglich in ihren Betrieben an die Arbeit zu gehen und die Bestimmungen, deren Ergebnis wohl überall einstimmig für Verbleiben bei der Knappschafftsstufe lauten dürfte, herbei zu führen und sprach die Erwartung aus, daß sich die Werkstätten, ohne Schwierigkeiten zu machen, diesem Willen der Belegschaft anschließen werden.

In der nun folgenden sehr regen Aussprache wurden eine Reihe wichtiger Fragen gestellt, die von dem Referenten und den erfreulicher Weise erschienenen Knappschafftsältesten von Geisweid, Eichen und Wehbach in ausführlicher Weise beantwortet wurden. Einstimmig wurde sodann unterstehende Entschließung angenommen und darauf die Versammlung mit dem Wunsch des Referenten, daß die Vorteile des Knappschafftsgesetzes auch den Mitgliedern aus der Metallindustrie und deren Angehörigen erhalten bleiben mögen, geschlossen.

Entschließung.

Die heutige stark besuchte Versammlung der Knappschafftsmitglieder aus der Metallindustrie steht einmütig auf dem Standpunkt, daß ein Ausschleiden der metallgewerblichen Betriebe aus der Knappschafftsstufe nicht diskutabel ist. Das Verbleiben in der Knappschafftsstufe, auch nach dem Inkrafttreten des Reichsknappschafftsgesetzes, hält sie für selbstverständlich und erwartet von den Werkstätten, daß sie diesem einmütigen Willen ihrer Arbeiterschaft Schwierigkeiten nicht bereitet, sondern rechtzeitig die Willenserklärung abendet, die zum ferneren Verbleiben des Wertes in der Knappschafftsstufe erforderlich ist.

Bekanntmachungen

Am 30. September ist der 40. Wochenbeitrag und am 7. Oktober der 41. Wochenbeitrag fällig.

Die eingegangenen Beiträge müssen sofort an die Hauptkasse überwiesen werden. Jede Verzögerung ist Schädigung der Verbandsinteressen.

Wirtschaftsbilder aus deutscher Vergangenheit

III. Christentum und deutsche Kultur.

1. Der deutsche Mensch. Von Georg Steinhausen.

Als wichtigste Kulturleistung der Kirche wird immer ihr Streben nach größerer Sittigung des deutschen Menschen angesehen sein. Zwar war noch zu spätmittelalterlicher Zeit (900-1000) und später von einem wirklichen sittlichen Fortschritt sehr wenig die Rede, und für die moralische Haltung auch hochstehender Personen blieb das Schwankende, Undurchgeübte, Charakteristisches. Noch waren die natürlichen Leidenschaften zu stark, die Menschen noch zu jugendlich, die logische Ordnung noch zu wenig, die Herrschaft der Kräfte der Einzelnen zu gering. Das Raube lag mit dem Jagen, das Gemütsmäßige mit dem Weichen, der ungestüme Lebensdrang mit dem schwärmerischen Entzügen noch in ein und derselben Seele im Kampf. Im Grunde hat der Deutsche damals und später von seinem tragischen, rücksichtslosen Wesen, von seiner Kriegerstrenge und Unabwägbarkeit, von seiner Treulosigkeit und Verwundbarkeit recht wenig ausgehen. Aber soweit er sich höherer sittlichen Forderungen wagte, so war er auch nur in maßvoller, formaler und äußerlicher Weise oder möglichst extern erfüllt werden, anbequemte, lag wesentlich ein Bedürfnis der Kirche vor. Die Kirche war die eigentliche Sanktguardia des noch immer halbarbarischen Deutschen, keine Lehrerin nicht nur im Sinne intellektueller Erziehung. Seinem leidenschaftlichen Wesen wurden von wenigstens einigermaßen Zügel angelegt, und wenn schon von jeder durch Jesuhalten außerer Formen, zwingende Forderungen, durch Pflegen der „Zucht“ die ungebändigte

Natur des Germanen eingedämmt wurde, so verhärtete sich jetzt diese Zucht außerordentlich.

Könnte die Kirche die Bestimmung selbst nur allmählich ändern, so ging sie um so härter gegen alle äußere Veräußerung der alten Lehren vor. In dieser Bekämpfung der Gewalttaten hat sie viel mehr geleistet, als die heidnische Welt, die sich ja erst zur Zeit Otto des Großen (934-976) wieder mühsam durcharbeitete. Zunächst hatte die Kirche viel bessere Mittel in der Hand, diese Dinge überhaupt ans Licht zu ziehen, namentlich die Feinde. Die Bisitationen der Bischöfe hatten auch den Zweck, unrichtliche Taten mit Hilfe der verarmten Gemeinde zu ermitteln. Weiter wirkte die Kirche ein aber auch durch ihre Strafen viel nachdrücklicher als die öffentliche Gewalt. Ihr durchaus vom zömißlichen beeinflusstes Strafrecht bedeutete insofern einen Fortschritt, als das Vergehen — abgesehen von den großen Friedensbrüchen — nicht mehr als Verletzung eines anderen Individuums, in dessen Hand die Sühne vor allem lag, in dessen Entschädigung sie bestand, sondern eben als Vergehen angesehen wurde, daß die Bestrafung des Vergehenden, nicht das Moment der Sühndigung im Betracht kam und die Tat daher öffentlich gestraft wurde. Freilich hat auch die Kirche dem weltlichen, zömißlichen System, das ganz auf Geldbussen basiert war, schon im 7. Jahrhundert nachgegeben und ihre Zucht zum Teil durch Geld abkaufen lassen, wobei ja die Verwendung desselben zu kirchlichen Zwecken der Zucht einen besonderen Charakter verlieh. Im übrigen aber operierte sie mit sehr einschneidenden Zügen, die zwar rein kirchliche Strafen waren, aber weil sie in der Regel eine mehr oder minder scharfe Absonderung des Schuldigen von der Gemeinde, das heißt der ganzen Gesellschaft, mit sich brachten, als öffentliche Strafen oft niederträchtlicher wirkten. Mit der Aufhebung von Wallfahrten und Bußfahrten, von Fasten und Keitungen war auch ein Verhältnis zum allgemeinen Gottesdienst entstanden, zu dem der Schuldige nur allmählich wieder zugelassen wurde; noch fürchterlicher war die eigentliche Exkommunikation, der Kirchenbann, der den Betroffenen wirklich aus der menschlichen Ge-

meinschaft ausschied und sicher furchtlos, d. h. vogelfrei machte, um so mehr, als der Verkehr mit Gebaneten wieder bestraft wurde.

Im ganzen wurde so auf eine größere Achtung vor dem Menschentum hingewirkt. Die Bekämpfung der geschlechtlichen Ungebundenheit zeigte zahlreiche Bestimmungen. Die Ehe wird reiner zu gestalten gesucht, insbesondere durch Verbot der Polygamie, während die Aufstellung der verbotenen Grade mehr aus dem speziell kirchlichen Anschauungen hervorging. Durch die Forderung der Einwilligung des Mädchens bei der Eheschließung hat die Kirche einer höheren Auffassung der Ehe die Wege geebnet.

In dieser Erziehung ist jedoch ein Moment besonders wichtig, die Einführung einer für den Deutschen ganz neuen sittlichen Entscheidung, der Humanität. Schon in jenem Schutz des Menschlebens als solchen tritt dieser Zug der Kirche hervor, ebenso auch in der eifrigen Bekämpfung der Todesstrafe, für die sie wenigstens Abschwächung oder Ersatz durch andere Strafen zu erreichen suchte, und in der Gewährung des Mils an Verfolgte. Auf humanem Gebiet hat aber die Kirche vor allem — und hier direkt durch ihr Beispiel — durch Wohlthatigkeitsbestrebungen, durch Schutz und Pflege der Armen und Kranken gemirkt. Wie es Heinrich II. einmal für die Abtei St. Maximin angeordnet hat, so sollten auch sonst die Rechten von den geistlichen Zinsgütern „den Gärten, Armen und Fremden“ dienen. Die waren die Einkünfte bestimmter Höfe nur für solche Zwecke verwendbar. Bei den Kirchen wie bei den Klöstern gab es Armenhäuser und bei Klöstern auch immer ein Krankenhaus. Die Bischöfe haben den Elenden oft nicht nur Hilfe, sondern, wie Hadrianus von Mainz, ihre persönliche Fürsorge angedeihen lassen. Die Überبردung von Fremden durch die Klöster war zwar bei dem Mangel an Herbergen natürlich, aber zahlreich waren unter diesen Überberatern die Armen und Elenden. Auch die Bedürfnisse der Umgebung erhielten früh täglich und namentlich zu gewissen Festtagen Erfüllung, und oft auch Kleidung im Kloster; hierzu soll zwischen 1000 und 1100 Personen gepeist haben. Das Kloster und der Wirtner spielten dabei eine große Rolle. Großartig war die kirchliche Fürsorge bei Hungersnöden.